

Die Halle... 2.50 M., durch die Post... 2.75 M., einschließlich Zustellungsgebühr...
Im amtlichen Rechnungs-Bereichsamt unter 'Saale-Beitung' eingetragen.
Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Bestand nur mit Quellenangabe: 'Saale-Beitung' gestattet.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. 1140.
Verlags-Geschäftsstelle: Nr. 1133 a.
Königlichen-Verlags-Geschäftsstelle: Große Ulrichsstraße 63, I; Leipziger Str. 590 u. 591.

Saale-Beitung.

Dezembervierziger Jahrgang.

Wenden die Spaltenzahl oder den Raum mit 20 Spalten, welche aus Halle mit 20 Spalten, berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichsstraße 63, I sowie von unseren Korrespondenten und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Seite 75 W. für Halle und umwärtig 1 W.
Ercheint täglich zweimal, Samstags und Montags einmal.
Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Sandkaufstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichsstraße 63, I; Leipziger Str. 590 u. 591.

fürst von Bülow über seine Stellung zu den Parteien.

Berlin, 16. Juni.

Der Reichstag weist heute alle Symptome eines großen Tages auf. Schon draußen auf der Straße herrscht regeres Leben, als gewöhnlich in seiner Umgebung, es bilden sich Gruppen von Leuten, die die ankommenden oder abgehenden Abgeordneten und Regierungsvertreter sehen wollen, und Schirmmänner sind aufgeboten, um Störungen der Ordnung vorzubeugen. Aber sie bekommen keine Gelegenheit zum Einschreiten, sie können ruhig auf- und abgehen, wenn sie nicht gerade jemand um eine Auskunft bitten. Draußen hält Neugierde das Publikum fest, drinnen aber ist es beherrscht von hochgespannter Erwartung. Lange vor Beginn der Sitzung sind die Tribünen und namentlich die Diplomaten- und die Bundesratsloge dicht besetzt, und alles beschäftigt sich mit denselben Fragen. Die große Rede des Kanzlers bei der Etatsberatung hat eine Klärung der Lage nicht gebracht; wird die er heute zu halten geben, diesen Erfolg haben? Der erste Akt der Finanzreform nahm einen sehr ruhigen und nüchternen Verlauf; wird der zweite, der heute beginnt, unter der Nachwirkung des langen Zwischenspiels mit seinen aufreißenden Überraschungen sich dramatischer gestalten? — Die einen fürchten, die anderen hoffen es. Ebenfalls will keiner sich etwas entgehen lassen, deshalb sind alle frühzeitig zur Stelle.

Rund nach 2 Uhr füllt sich auch die Hofloge, in deren vorderster Reihe Prinz August Wilhelm und seine Gemahlin Platz nehmen. Das leise Gemurmel der Anwesenden schwillt allmählich zum lauten Getöse an, das sich noch verstärkt, als die Glocken auch die Abgeordneten in Sälen aus den Benjamins in den Saal rufen. Man hört zunächst gar nicht, daß der Präsident die Sitzung eröffnet. Aber mit einem Schlage tritt Stille ein, da

Fürst Bülow

das Wort ergreift, und das Interesse, das man seiner Rede entgegenbringt, steigert sich, da er erklärt, daß er zunächst über die innerpolitische Lage und seine Stellung zu den bürgerlichen Parteien sprechen wolle. Er sagte:

M. H.! Bevor der Herr Staatssekretär des Reichsjustizamtes die von Bundesrat neu vorgeschlagenen Steuern im einzelnen begründet, möchte ich mich über die im Vordergrund des Interesses stehende allgemeine politische Lage aussprechen, wie sie sich nach den bisherigen Verhandlungen über die Reichsfinanzreform gestaltet hat. Hierbei muß ich zunächst eingehen auf mein Verhältnis zu der großen bürgerlichen Parteien. In der Weise, in öffentlichen Versammlungen und auch in der Finanzkommission ist darüber gesagt worden, daß die Mitwirkung des Zentrums bei der Reichsfinanzreform von den verbündeten Regierungen oder vom Reichskanzler ausgeschlossen worden wäre. Das ist eine vollkommen irrige Auffassung. (Lautes Gelächter im Saal und bei den Sozdem.) (Mit erhobener Stimme.) Warten Sie doch ab, meine Herren, was ich noch sagen werde. Von Anfang an ist das Zentrum auf meine Veranlassung wie alle anderen bürgerlichen Parteien über die Absichten der verbündeten Regierungen unterrichtet worden. Der Staatssekretär des Reichsjustizamtes — das wird ihm von allen Mitgliedern der Kommission bezeugt werden — hat sich niemals ablehnend verhalten gegenüber den Anregungen oder Wünschen der Zentrumspartei, weil sie vom Zentrum kamen, sondern immer nur, weil und so weit er sachliche Bedenken hatte. Der Antrag Borchers wegen der Bekkfeuern ist ein von so starken Einflüssen in die Finanzhoheit der Einzelstaaten vor, wie der später zur Annahme gelangte Kompromißvertrag. Er hat auch nicht die Stimmen der Nationalliberalen. Ich habe es aber als meine Aufgabe betrachtet, von Anfang an bis zu diesem Augenblicke — und bin in jeder Phase der Verhandlungen dafür eingetreten. — den Liberalen die Mitwirkung bei der Reichsfinanzreform zu ermöglichen und sie zur Mitarbeit heranzuziehen. Dadurch habe ich niemals ein Hehl gemacht. Ueberhaupt habe ich nie eine Partei an positiver Arbeit verhindert; ich möchte sachliche Unterstützung sogar von der äußersten Linken annehmen. (Gelächter h. d. Sozdem.) Ja, meine Herren, wenn Sie nur herausretzen wollten aus Ihrer negativen Haltung, wenn Sie brechen wollten mit diesem dogmatischen Intoleranz, den Ihnen ein französischer Gefinnungsgenosse

nicht ganz mit Unrecht vorgeworfen hat! Die Gerechtigkeit, die von einem Teil des Zentrums mir gegenüber an den Tag gelegt worden ist, hat mich in meiner Haltung in keiner Weise beeinflusst. Diese Animosität hat sich zu ganz unwahren Behauptungen und sehr ungeduldeten Angriffen verdichtet, die von einzelnen Mitgliedern der Zentrumspartei gegen mich erhoben worden sind. (Unruhe im Zentr.) Man hat meine zweifelloso vollbewährte und zweifelsfreie Bundestreue gegenüber Desterreich-Ungarn in Zweifel gezogen; man hat es sogar gewagt, meine ebenso zweifelloso bewährte Treue für das königliche Haus, für Seine Majestät den Kaiser und König zu verdächtigen. (Große Unruhe im Zentr.) (Zurufe: Sehr richtig! h. d. Natlib.) Mitglieder der Zentrumspartei haben sich Verdächtigungen angeeignet, die in Pamphleten gegen mich erhoben worden waren. Das alles hat mich in meiner politischen Haltung nicht irre gemacht.

In Verleumdungen bin ich geneigt.

(Große Unruhe im Zentr.) Ich verstehe jetzt, was Fürst Bismarck meinte, als einmal ein ausgezeichnete Mann wenig Lust zeigte, ein Ministerpostenfleulle zu übernehmen und der Fürst in seiner ihm eigenen drastischen Ausdrucksweise sagte: „Eigentlich begreife ich, daß Sie nicht Lust haben, in die Dreulinie einzurücken.“ (Große Heiterkeit.) Das war vor 30 Jahren. Seitdem ist es schwierig besser geworden. Daß also meine Gegner zum Teil mit recht unglücklichen Waffen gegen mich kämpfen, beeinflusst mich nicht, eine solche Kampfesweise richtet sich selbst. Ich habe mich auch dadurch nicht beirren lassen, daß Mitglieder anderer Parteien des Hauses die gesellschaftlichen Beziehungen zu mir abgebrochen haben. (Bewegung.) Niemand trägt mein langer Aufenthalt im Auslande dazu bei, daß ich nicht gewohnt bin, daß man sich gegenseitig gesellschaftlich ausschließt, weil man politisch hart aneinander geraten ist oder politisch oder wirtschaftlich anders denkt. Ich hoffe, daß sich in dieser Beziehung der Fakt noch bessern wird und daß man auch bei uns dahin kommen wird, wo andere Völker schon lange sind. Namentlich in England denkt man nicht so kleinlich, die politischen Gegensätze auf das persönliche Gebiet zu übertragen. Ich hoffe, wir werden auch dahin kommen, daß man den, der in politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Fragen anders denkt als man selbst, deshalb nicht gleich

einen Narren oder Schurken

hält. (Sehr wahr! und Bewegung.) Das wird dann ein schöner Fortschritt sein auf dem Wege der Befreiung von geistiger Gebundenheit, auf dem Wege der Abstreifung von Vorurteilen. Aber vorläufig sind wir noch nicht so weit. Also, die Haltung der Zentrumspartei mir gegenüber ändert nichts daran, daß es mit niemals eingeklinkt, diese Partei zu hospitieren. Ich werde mich aber auch nicht bewegen lassen, die Gespräche so zu führen, daß die Liberalen von der Mitwirkung ausgeschlossen werden. Ich habe nie daran gedacht und denke auch heute nicht daran, mir das liberale Programm anzugewöhnen. Aber die Mitwirkung der Liberalen bei großen gesetzgeberischen Aufgaben erscheint mir in Interesse unserer Fortentwicklung, einer ruhigen und gesunden Entwicklung im hohen Grade wünschenswert. (Lebh. Beifall links, Lachen im Zentr und auf der Rechten.) Meine Herren: die deutsche Einheit ist geschaffen worden von Männern, die der konservativen Gedankenrichtung angehörten. Der unergleichliche Staatsmann, der sie realisiert hat, hat lange, heftige Kämpfe führen müssen mit den liberalen Parteien. Aber derselbe große Staatsmann hat später nicht nur seinen Feinden geschlossen mit den Liberalen, sondern er hat den liberalen Ideen großen Einfluß eingeräumt. Fürst Bismarck hat nicht übersehen, daß die nationale Idee in liberalen Kreisen geboren wurde, daß sie lange vertreten wurde von liberalgesinnten Männern gegenüber der Kurzsichtigkeit, Engherzigkeit und dem Mangel an Schwung, den damals vielfach die Regierungen zeigten. (Lebh. Beifall links.) Den Liberalen Geist auszusperren aus unserer Gefesgebung und unferem öffentlichen Leben, würde ich für ein historisches Unrecht halten und für einen politischen Fehler. (Bravo! links.) Was in dem

alten Einheitsstaat Preußen möglich und gut, ist nicht immer möglich und gut in dem Bundesstaat Deutsches Reich. Man wird in Süddeutschland und Mitteldeutschland lernen müssen, den Wert des konservativen Preukens höher, viel höher zu schätzen. (Lebhafter Widerspruch und Gelächter links. Sehr richtig! rechts.) Man wird aber auch in Preußen nicht vergessen dürfen, daß der Liberalismus auch für das Deutsche Reich unentbehrlich ist. Wenn ich mich nun frage, warum die parlamentarische Stärke der liberalen Parteien nicht die der starken Vertretung des liberalen Gedankens entspricht, so finde ich die Erklärung nicht nur in dem Emporkommen der Sozialdemokratie, auch nicht allein in der Entziehung liberaler Kräfte durch den Kulturkampf, sondern auch in einem

gewissen dottrinären Zug der linksstehenden liberalen Gruppen,

die die Stärke der im Zuge der Zeit wachsenden neu auftauchenden Bedürfnisse unterschätzt. So habe ich es gerade vom Standpunkt der Linken für einen Fehler gehalten, daß sie sich so unendlich lange aufgehalten hat bei der logen-durchgreifenden Besteuerung des Tabaks die wohl erwogene und durchdachte Steuerentlastung der Regierung allmählich abgelehnt hat. Ich habe es auch nicht verstanden, daß sie gegenüber einer nach ihrer Ansicht unzulässigen Handhabung der Geschäftsordnung sich nicht mit einem Protest begnügt, sondern sich von den weiteren Verhandlungen fernhielt.

Es gibt sehr wenig Beispiele für die Nützlichkeit einer solchen Taktik, aber sehr viele für ihre Unvorteilhaftigkeit. Ich glaube, eine Partei ist immer besser daran, wenn sie auf dem Posten bleibt und bereit ist, weiter zu stehen, als wenn sie demonstrativ das Feld räumt. Sie hätten auch in einer ganzen Reihe von steuerlichen Einzelfragen sehr wohl agrarfreundlicher auftreten können und dabei doch liberal bleiben können. (Lebhafter Widerspruch links.) Wenn ich in den zahlreichen, ich kann wohl sagen zahllosen Unterredungen, die ich über diesen Gegenstand, über die Finanzfrage gehabt habe, zu den Vertretern Ihrer Richtung sagte: Seien Sie entgegenkommender, z. B. bei der Spiritussteuer, da wurde mir nicht selten erwidert: Ja, Sie haben vielleicht recht, aber das Programm! (Heiterkeit rechts.)

Programme veralten.

Sie werden leicht zu Kulissen, hinter denen man stehen bleibt, ohne in den Gang der Handlung auf der Bühne einzugreifen. Das haben wir auch im vorliegenden Falle gesehen. Wenn ich mich nicht irte, so sollen auch Ihre Programme den Bedürfnissen der deutschen Reichsinteressen entsprechen. Und doch haben Sie sich das große Verdienst entgegen lassen, diesen Bedürfnissen abzuhelfen. Ähnlich liegt es auch mit den Erfahrungen, die man hinsichtlich der Besteuerung des Massenkonsums gemacht hat. Man kann vor 20 Jahren ein scharfer Gegner aller Mehrbelastungen der Massen gewesen sein und kann doch heute nach einer glücklichen Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, aber einer unglücklichen der Finanzverhältnisse zu der Überzeugung gekommen sein, daß eine Heilung der Krankheit ohne starke Dosen der Steuer auf Genußmittel einfach nicht möglich ist. (Sehr richtig! rechts.)

Ich erkenne es durchaus an, ich erkenne es hoch an, daß die Linke sich nicht grundsätzlich auf diesen Standpunkt gestellt hat. Ich betrachte es nicht nur als natürlich, ich betrachte es als notwendig und gerecht, daß neben dem Verbrauch auch der Besitz zur Deckung herangezogen wird. (Beifall.) Damit, meine Herren, komme ich zu der Haltung der rechten Seite: dieses hohen Hauses. (Woh! und große Heiterkeit.) Im Lande, wo keine Partei die absolute Mehrheit hat, kann auch keine Partei verlangen, daß die Regierung nur auf ihre Worte schwört. Weil ich mich hierzu gegenüber der Zentrumspartei nicht entschließen konnte, ist es zu einem Bruch mit dieser Partei gekommen.

Ich kann mich auch der rechten Seite nicht unterordnen. Wenn es in diesem Lande einen Minister gegeben hat, der die Bedeutung der konservativen Partei zu schätzen weiß, so bin ich es. (Sehr wahr! links.) Ich habe von Anfang an, sobald ich Minister wurde, es als meine Aufgabe betrachtet, die

Spannung zu beseitigen, die damals zwischen der konservativen Partei und der Krone bestand. Ich habe in jahrelanger Arbeit mit großer Mühe, mit großer Geduld die gänzlich verschorene Kanalfrage eingereicht; ich bin von dem ersten Tage, buchstäblich von der ersten Stunde meiner ganzen Tätigkeit für die Wünsche, für die Bedürfnisse, für die Interessen der Landwirtschaft eingetreten. (Sehr richtig!) Ich glaube, meine Herren, Sie (nach rechts) werden lange warten, bis Sie wieder einen Kanzler bekommen (lebhaft Zustimmung links und große Heiterkeit), der konservativen Interessen, die wahrhaft konservativen Interessen und die wirklichen und dauernden Bedürfnisse der Landwirtschaft so konsequent und — ich füge hinzu — so erfolgreich vertritt wie ich. Aber von der Linie, die mir das Staatsinteresse vorschreibt, lasse ich mich auch nicht durch die konservative Partei abbringen. Ich bin nicht ein Führer der konservativen Partei und habe ihren Führern keine Ratsschlüsse zu erteilen. Aber, soweit meine historischen Kenntnisse reichen, glaube ich, daß die konservative Partei sich selbst am meisten schadet, wenn sie sich berechtigten Forderungen verschließt. (Sehr wahr! links.)

Die verbündeten Regierungen sind der Ansicht, daß ein Betrag von 500 Millionen neuen Steuern nicht lediglich durch eine weitere Ausgestaltung der indirekten Steuern geschaffen werden kann. Bereits in der Begründung zum Finanzgesetzwerk haben wir gesagt: Neben der Belastung der allgemeinen Genehmigung, der Steuern auf Elektrizität, auf Gas und Anzeigen erweist es sich als absolut notwendig, zur Deckung aus solche Steuern herauszugeben, die vornehmlich von den Besitzenden getragen werden. Es würde gegen die vornehmlichen Grundzüge der deutschen Sozialpolitik verstoßen, wenn die Reform der Finanzen ausschließlich auf Abgaben aufgebaut würde, die trotz der Ertragsunterschieden der Sozialpolitik und trotz der fortgesetzten Steigerung aller Einkommen die ärmeren Volksschichten erheblich höher belasten. Es geht dann weiter in der Begründung: Dieser Ausgleich durch Heranziehung der Besitzenden kann nicht auf dem Wege der direkten Einkommens- und Vermögensbesteuerung erfolgen, da diese das unentbehrliche Fundament der einzelwirtschaftlichen Finanzwirtschaft bildet. Sie einstreifen, heißt die Finanzen der Einzelstaaten und der Selbstverwaltungskörper in die tiefste Bedrängnis bringen, in der das Reich sich befindet.

Die verbündeten Regierungen sind daher fest entschlossen, neben den Verbrauchssteuern die Erbschaftsteuer zur Deckung des Bedarfs heranzuziehen. Und weiter heißt es: „Hierzu nach kann die notwendige allgemeine Heranziehung des Reiches nur durch Ausbau der Erbschaftsteuer erfolgen. Diese ermöglicht sich kaum eine andere eine Belastung nach der Größe des Vermögens und entspricht daher vorzüglich den Anforderungen sozialer Gerechtigkeit.“ Die hier befundene Auffassung haben die verbündeten Regierungen konsequent festgehalten und sie ist auch von mir stets zum Ausdruck gebracht worden. Wenn die Erbschaftsteuer vermieden werden soll, so muß eine gleichartige, die verschiedenen Arten des Vermögens treffende Steuer gefunden werden. Solange eine solche Steuer nicht gefunden ist, müssen die verbündeten Regierungen an der Erbschaftsteuer festhalten (Weiß! links), und die verbündeten Regierungen sind der Überzeugung, daß eine solche Steuer mit gleichem Ertrage nicht gefunden werden kann. Es mußte auffallen, daß die konservative Partei, die doch über eine reiche Erfahrung in der Führung der Geschäfte verfügt, sich von Anfang an ohne Zwang mit solcher Starrheit gegen die Erbschaftsteuer festgelegt hat. Sie hätte sich ein Beispiel nehmen sollen an der bewährten Taktik einer ihr nahe stehenden Partei. Haben Sie je einen Sprecher des Zentrums in erster Lesung ablehnen hören? (Sehr gut! und große Heiterkeit links.) Wenn auch alle Bedenken hervorgehoben worden sind, so ist niemals von dieser Seite ein Gesetzentwurf von vornherein abgelehnt worden. Sie hat nie von Anfang an einen Gesetzentwurf in Grund und Boden geredet. Es kann ein Gebot der Vorsicht, der staatsmännlichen Klugheit sein, sich gegen unympathische Gesetzentwürfe erst dann festzusetzen, wenn klar guttage liegt, daß sie ohne Verletzung höherer Staatsinteressen vermieden werden kann. Ich gehe gern zu, Ihr Verhalten (nach rechts) ist vielleicht durchaus konsequent. Aber es ist ein Verstum, zu glauben, daß Konsequenz auch politische Fehler rechtfertigt. Man kann sie machen, man kann aber auch, um das Gute für die Zukunft sicherzustellen, sich mit weniger Wünschen begnügen.

Der Sieg in der Gegenwart ist häufig der Pfad von Niederlagen in der Zukunft.

(Sehr wahr! links.) Das ist eine Wahrheit, die die Geschichte überall in allen Ländern und zu allen Zeiten bezeugt. Ich verkenne nicht — das wiederhole ich — was die Elemente, aus denen die konservative Partei besteht und die die konservative Partei bilden, Jahrhundertlang für Preußen geleistet haben. Ich weiß wohl, was Preußen bedeutet. Unter der Führung der Monarchie ist durch die Junker — jawohl! die mit Unrecht so viel geschmähten Junker — die preussische Macht aufgerichtet worden und von der preussischen Macht das Deutsche Reich. (Rufe links: Jena!) Mehr als eine andere Partei haben die Konservativen Anteil gehabt an der Regierung. Aber die Regierung kann nicht zur Gefährdung der konservativen Partei werden, ebensowenig kann die Regierung verlangen, daß die konservative Partei eine Regierungspartei sein phrase werden soll. Die Zeiten des alten Gedäch, der von der konservativen Partei sagte: „Mit der Regierung soll Mut, ohne die Regierung in Wehmut, gegen die Regierung in

Demut“, sind vorüber. (Heiterkeit.) Das sind tempi passati. Aber ein eminent englischer Staatsmann, Salisbury, hat einmal gesagt: „England, das Musterland und das Vorbild aller Parlamente, wird nicht zugrunde gehen, es sei denn durch sein Parlament.“ So ist es auch mit der konservativen Partei.

Durch ihre eigene Schuld gräbt sich die konservative Partei ihr eigenes Grab, wenn sie sich berechtigten Forderungen verschließt, wenn sie die unhaltbare Position nicht rechtzeitig räumt.

Wenn die Konservativen schließlich an ihren großen Grundzügen und sich mit den Aufgaben der Zeit erfüllen, dann werden sie immer ein bedeutsamer Faktor in unserem öffentlichen Leben bleiben zum Segen des Landes. Aber nur dann, aber auch nur dann, wenn sie dies tut! Dann wird sie immer ihre große Stellung behaupten in unserem öffentlichen Leben. Durch ihr „unannehmbar“ wird sie vielleicht die Erbschaftsteuer in diesem Augenblick zu Fall bringen. Aber Sie werden dadurch für die Zukunft neuen Erbschaftsteuern die Wege eröffnen (Sehr richtig! links), die dann kommen werden und die den Gesichtspunkten und den Wünschen der konservativen Partei weniger Rechnung tragen werden als die heute vorgeschlagene Steuer. (Hört! hört! links.) Die Haltung der konservativen in dieser großen Frage wird einen tiefen Eindruck machen auf das deutsche Volk. (Sehr richtig!)

Es können dadurch Widerstände und Gegenfänge gegen die konservative Partei hervorgerufen und gesammelt werden, es kann dadurch ein Weg eröffnet werden, den zu begünstigen weder Sie noch ich vor der Zukunft verantworten können. Man hat den Gedanken einer Annäherung der Konservativen und Liberalen, eines Zusammenwirkens der Konservativen und Liberalen als eine vorübergehende parlamentarische Konstellation hingestellt. Erst gestern habe ich einen in diesem Sinne gehaltenen Artikel gelesen. Ich glaube, daß die Geschichte in diesem Gedanken mehr sehen wird. Je weiter man sich von einem Gebirge entfernt, um so deutlicher tritt der Gebirgszug hervor, und so wird auch die künftige Perspektive in der genannten Konstellation in dieser Politik das richtige Bild haben. Die Regierung hat durch die konservativ-liberale Konstellation sich nicht nur die Mitarbeit der Liberalen und Konservativen sichern, sondern sie hat auch dadurch Gegenstände und Kämpfer vorbeugen wollen, die das zukünftige politische Leben Deutschlands ungünstig beeinflussen können.

Das hat ein staatsmännlicher Gedanke war, wird die Zukunft einsehen,

und die Geschichte anerkennen, gleichviel, ob der Träger dieses Gedankens früher oder später von seinem Platze abtreten wird. (Lebh. Zusf.) Von Einzelnen will ich bei den heute zu Debatten stehenden Gegenständen den Herren Reichsrats und den übrigen Sachverständigen das Wort überlassen. Als Folge meiner Ausführungen und in Konsequenz der Auffassung, die ich bei allen Verhandlungen über die Reichsfinanzreform von Anfang an festgehalten habe, will ich nur noch Nachstehendes sagen:

In Uebereinstimmung mit den verbündeten Regierungen betrachte ich es als nobile officium, als Pflicht aus gleichender Gerechtigkeit, als sozialpolitische Notwendigkeit, daß die der Gesamtheit auferlegten neuen Steuern zum guten Teil von den Besitzenden getragen werden. Es geht nicht an, daß 500 Millionen neuer Steuern nur auf die Mittelklassen oder auf wenig Bemittelte gelegt werden, auf Verbrauchsabgaben und indirekte Steuern, die die Mittelklassen und weniger Bemittelten verhältnismäßig härter treffen, als die Begüterten. (Lebh. Hört! hört! links.)

Es wäre auch ungerath und unrichtig, einzelne Arten des Vermögens zu belasten und andere freizulassen. Weil sie alle Arten des Vermögens gleichmäßig trifft, weil sie die Wirtung nach der Leistungsfähigkeit ermöglicht, weil sie dem Boden sozialer Gerechtigkeit entspringt, nicht aus Eigennutz und Rechtshaberei batte ich an der Erbschaftsteuer fest und wende mich gegen die Verwände, einzelne Arten des Einkommens oder des Erwerbes einer Besteuerung zu unterziehen. Ich lehne es ab, im Bundesstate Steuern zu vertreten, die Handel und Gewerbe schwerlich ädigen, die Handel und Industrie belasten, die gesamte wirtschaftliche Stellung des Landes verschlechtern. (Lebh. Zusf. links.) Die Finanzreform — das ist die wohlverwogene Ansicht aller verbündeten Regierungen — kann nur zustandekommen, wenn die Beschlüsse dieses Hauses sachlich vertretbar sind, und nach sachkundigem Urteil die unbedingt notwendige Summe in ihrem vollen Betrage ergeben. Trotz der Schwierigkeit der Situation und der bedauerlichen Spannung zwischen den verschiedenen Parteien des Hauses halte ich noch an der Hoffnung fest, daß in diesem hohen Hause Gemeinnutz, nationales und soziales Empfinden den Sieg davontragen werden über Kleinlichkeit und Parteigegensatz. In dieser Hoffnung werde ich beharrt durch die Stimmung im Lande. Diese ist frei von Engbergigkeit, sie würdigt die große Aufgabe und wird früher oder später streng mit den Parteien ins Gericht gehen, die das große Werk der Finanzreform lähmend oder zu Falle bringen wollten. (Lebh. Bewegung.)

Nun noch

ein persönliches Wort.

Seit Wochen regen sich die Zeitungen darüber auf, ob ich bleibe oder gehe. (Heiterkeit.) Ich bleibe, solange E. Majestät der Kaiser glaubt, daß meine Mitwirkung in der inneren und äußeren Politik nützlich ist für das Reich und solange ich selbst nach meiner eigenen politischen Ueberzeugung und nach meiner Beurteilung der Sachlage glaube, nützlich wirken zu können. Ich kenne kein Gebiet der inneren

Politik von gleicher Wichtigkeit, wie das hat die Zukunftsbemerkungen der Finanzreform. (Ungefähre Zusf.) Dieser großen Aufgabe ordne ich selbstverständlich meine Person vollkommen unter. Wenn ich mich überzeugen sollte, daß meine Person der Sache entgegen steht, daß ein anderer letzter zum Ziele gelangt, oder wenn sich die Verhältnisse in einer Richtung entwickeln sollten, die ich nicht mitmachen kann und will und nicht mitmachen werde, so wird es mir auch möglich sein, den Träger der Krone von der Opportunität meines Rücktritts zu überzeugen, und dann wird mein Wunsch, daß mein Nachfolger Erfolge erzielt, ebenso erfüllt sein, wie es meine Arbeit im Dienste des Landes war.

Im Hause herrscht lebhafte Erregung. Es finden sich überall Gruppen von Abgeordneten. Die ersten Worte des Schatzsekretärs gehen in der allgemeinen Unruhe völlig verloren. Nur mühsam schafft der Präsident einigermaßen Ruhe.

Schatzsekretär Dr. Sydow

verweilt eintreten auf die Verhandlungen in der Finanzkommission. Die Liberalen haben sich bereit erklärt, 400 Millionen Konsumsteuern zu bewilligen, wenn 100 Millionen auf den Besitz gelegt werden. Diesen Standpunkt hat sich auch die Regierung im wesentlichen angeschlossen. Die Kommission hat nun Resolutionen in Beschlag genommen, die abzulesen von einzelnen, die aussehender müssen — wie die Mühenumfassung — rund 300 Millionen aufrufen können. Anders liegt die Sache bei den Besitzsteuern. Da liegen Beschlüsse vor, die nicht so demäßig sind. Daher hat die Regierung neue Steuerentwürfe dem Hause unterbreitet. Der Schatzsekretär erörtert in erster Linie die Konsumsteuer. Sie wäre zunächst eine ungerade und andere Kreise und mit den Schuldverpflichtungen auch viele Kreise kleiner Leute. Durch den Druck, den sie auf den Kurs ausübt, trifft sie die Kapitalbildung; sie belastet gewisse Zweige des öffentlichen wirtschaftlichen Lebens. Dazu kommt, daß die Steuer auch geplant ist für den Fall, daß eine Gesellschaft keine Dividende bezahlt. Es ist bereits von der Kommission darauf hingewiesen worden, daß z. B. der Reichsbank die Steuer seinen Verlust nicht es noch durchaus unweischhaft, ob es zulässig ist, diese Steuer auch auf ausländische Papiere, die an unserer Börse zugelassen sind, auszuwenden; auf ausländische Staatspapiere ganz gemächlich, dazu kommen noch die volkswirtschaftlichen Bedenken, die der Steuer entgegenstehen, besonders zunächst für die ausländischen Papiere. Sie würde diese vom deutschen Markt verdrängen. Deutschland braucht einen Bestand an guten ausländischen Papieren, es braucht sie für den Fall, daß ausländische Guthaben zurückgezogen werden, zur Schonung seines Bestandes an Gold. Die deutsche Industrie braucht aber auch die Beteiligung Deutschlands in ausländischen Werten. Es ist das ein Faktor des wirtschaftlichen Wohlbefindens. Sie leben das in jetzt bei der Rentenbank-Rente, wo die größten europäischen Staaten mit dem Besten Staaten von Amerika darin wetteifern, einen Anteil an dem Unternehmen zu bekommen, weil das ein Mittel ist, die inländische Industrie mit Aufträgen für das Ausland zu versehen. Aber die Konsumsteuer würde auch die Kapitalbeschaffung erschweren. Durch Herabdrückung der Rente um den Steuerbetrag wird das Geld, das die Unternehmungen anwenden müssen, verteuert, und das können wir in Deutschland uns nicht gestatten. Wir sind in Deutschland im Verhältnis zur Unternehmungslust dazu ein Betriebskapital armes Land. Eine weitere Folge würde sein, daß das deutsche Kapital, das Anlagen sucht, nach dem Auslande abwandert. Niemand kann den deutschen Kapitalisten daran hindern, seine Anlagen in guten ausländischen Papieren, die in London, in Antwerpen gehandelt werden, zu suchen, wenn ihm die Anlage im Inlande erschwerter ist, wenn noch die Besondere der Besteuerung der für Termingeschäfte zugelassenen Papiere. Es liegt das noch in direktem Widerspruch damit, das das Vorkommen im Frühjahr vorigen Jahres den Kreis der Papiere, die im Termin gehandelt werden können, erweitert hat. Nebenbei würde es ja ein Schlag ins Wasser sein, denn es ist gar nicht anzunehmen, daß die Gesellschaften gutwillig die Mehrkosten einer solchen Belastung tragen würden.

Und nun der finanzielle Erfolg.

Die Antragsteller haben 80 Millionen herausgerechnet. Aus der Begründung dieses Antrages kann man dreist den Sach unternehmen, daß alles auf Schätzungen beruht. Alles ist Schätzung, sowohl in bezug auf die Höhe des Umlages, als die Höhe des umlaufenden Kapitals, u. jeder Satz der Berechnung ruht auf einer ganz mangelhaften sachwissenschaftlichen Unterlage. Selbst wenn man davon ausgeht, daß kein erheblicher Rückgang des Wertes infolge dieser starken Besteuerung stattfindet, so würde man feststellen, daß die Steuern den Reichsinnahmen nur ein bescheidenes Aufschlag bringen, wenn man noch die Besondere der Besteuerung der für Termingeschäfte zugelassenen Papiere, die im Termin gehandelt werden können, erweitert hat. Nebenbei würde es ja ein Schlag ins Wasser sein, denn es ist gar nicht anzunehmen, daß die Gesellschaften gutwillig die Mehrkosten einer solchen Belastung tragen würden.

Im großen und ganzen kann man in Deutschland erwarten, daß die gesamte Einkommensteuer 2018 zu 30 Prozent der Dividende beträgt, während sie in Frankreich nur 12 Prozent betragen würde. Wenn wir nun noch eine Aktiensteuer einführen, die wieder die Aktionäre, die Obligationen treffen, so würde das nach Meinung der verbündeten Regierungen den Aktionären mehr schaden als nützlich ist, und die Kapitalisten verschrecken. Es wäre doch wirklich eine Ironie des Schicksals, wenn in dem Augenblick, wo die Pariser Börse sich von dieser Last befreit, das deutsche Reich gezwungen ist, die Börsen einzuführen. Ich glaube, daß bei der ganzen Tendenz dieser Vorrichtung eine gewisse Initiative der Abneigung gegen das, was man Börsen nennt, gegen die Vertheilung des Geldvermittlungsverkehrs an der Börse und im Zusammenhang mit ihr vorliegen, das Letzt Logische bewußt, das Letzt

Hypothekenzinsen erhöht werden. Auch das trifft nicht die potenten Kreise, sondern am meisten gerade die hier verurteilten Leute. Alle die Maßregeln, die Sie hier zur Kotierung vorschlagen, führen nur zur Vertreibung des Geldes. Wir haben doch auch im Lande reich haltende Industrie, die dadurch auch empfindlich geschädigt werden. Und ich möchte mich die Frage, daß Gesellschaften, die fast ihre Betriebe im Lande errichtet hätten, über die Grenze gehen.

Es ist ein großer Nachteil für das Reich, wenn die Fabriken ins Ausland gehen, auch für die Arbeiter. Wenn man genötigt ist, wegen der Finanzlage des Reiches 400 Millionen Konsumsteuern aufzubringen, wenn man weiß, daß die Lebensverhältnisse dadurch wieder erheblich verteuert werden, dann sollte man nicht noch Maßregeln vorschreiben, die zu einer Einschränkung, Befähigung und Belastung der Industrie führen. Sonst schädigt man doppelt. Einer der wichtigsten Gesichtspunkte ist die Frage des Auslandsgeheimnisses. Wir sind aus der kontinentalen Wirtschaftssphäre herausgenommen durch die nationale Entwicklung unseres Vaterlandes, durch die Tatsache, daß wir ein gesundes kräftiges Volk sind. Der Handelskriegsplan mußte erzwungen werden, eine Exportindustrie zu verbinden mit dem der Importierenden Staaten. Das gilt nicht nur für den ganzen Handelsverkehr und unsere ganze Industrie. Diese Entwicklung hat auch dem Arbeiter Vorteile gebracht. Aber auch nach der politischen Richtung hin ist es äußerst wichtig, wenn die Völker einander näher gebracht werden, wenn der kommerzielle Verkehr familiär gestaltet wird. Alles das wird unterbunden, wenn Sie mit rauer Hand eingreifen, wenn Sie die ausländischen Werte in Deutschland heranziehen. Dadurch entziehen Sie uns auch Ressourcen für die Kriegszeit. Auch der politische Einfluss Deutschlands wird geschwächt, wenn wir uns von dem Auslande abschließen, wenn wir die Verbindung von deutscher und ausländischer Industrie erschweren. Man hat von Frankreich gesagt, daß es wie ein kleiner Ruder sei, der sich von seinem Gebläse zurückgezogen hat, und nun nicht weiter vor, als ein Geld zu verzerren. Der französische Finanzminister bewilligt sich heute diese Steuer los zu werden, weil man sieht, daß die Einfuhr Frankreichs auf den Weltmarkt überall zurückgedrängt wird wegen dieser starken steuerlichen Belastung des Marktes. Wir dürfen die Tatsache nicht leugnen, daß in Frankreich nur noch minderwertige ausländische Werte sich herumtreiben, während die erstklassigen Werte in Deutschland geblieben sind. Solche Erfahrungen ausländischer Staaten muß man doch berücksichtigen. Durch eine schlechte Gesetzgebung auf dem Gebiete der Börse ist der Konzentrationsprozess weißförmig gefördert worden. Den kleinen Bankiers ist das Geschäft noch mehr erwirkt worden. Sie sind weiter abhängig von den Großbanken geworden, die sich immer mehr spezialisieren und kartellieren müssen, weil sie die Macht haben, die Belastungen abzumägen. Diese Entwicklung würde noch gefördert werden. Man rechnen Sie Einnahmen in einer sehr großen Höhe ab. Die Gesehne ist ja sehr reich gemacht worden. (Sehr Zustimmung links.) Sie sind nicht so gemacht worden, wie es bisher in Deutschland der Fall war. (Erneute Zustimmung links.) Es ist keine sorgfältig gesammeltes statistisches Material vor. Die Rechnung, die Sie aufmachen, dieses Aneinanderreiben großer Ziffern, ist nichts anderes als eine Mißverständerzeugung. (Lebhafte Zustimmung links.) Sie müssen vor so erster Prüfung schwinden, wie Butter in der Sonne.

Der Reichstag hat am 19. Dezember 1908 auf die Bedeutung des Auslandsgeheimnisses hingewiesen. Er hat damals den Satz ausgesprochen, daß finanzielle Macht politische Macht wäre. Er hat gesagt: wir müssen doch wieder reicher werden für unsere ganze wirtschaftliche und politische Stellung in der Welt. Hinter diesem Satz ist ein historiographisches Bilde verstanden. (Sehr richtig! rechts.) (Hört! hört! links.) Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind sich als Erdbebenstöße gegen Industrie und Handel. Es werden wirtschaftliche Werte vernichtet und der Unternehmungsgestir getötet. (Sehr richtig! links.) Dadurch schädigen Sie (nach rechts) den politischen Einfluss Deutschlands in der Welt und die Weltstellung Deutschlands. (Sehr richtig! links.) Diese ganz verkehrseindliche Politik ist eine antijohanneitische Politik. Wir haben große nationale Aufgaben zu erfüllen. Wir sind genötigt, ein hartes Heer zur Erhaltung des Friedens zu erhalten, als Friedensinstrument die Flotte auszubauen, wir haben große Aufgaben in den Kolonien, wir haben die Sammelbesetzungen in neue Wege zu leiten. Für diese großen Aufgaben, die dem deutschen Staate auch in Zukunft nicht eripart bleiben, sind große Mittel nötig. Wir sehen heute noch gar nicht in der letzten Finanzreform (Sehr richtig! und Hört! hört!) und um diese großen Mittel aufzubringen, müssen wir das Verkehrs- und Wirtschaftsleben in Deutschland entwickeln und nicht ertöten. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir dürfen keine Gesetzgebung machen, die die Quellen verstopft. Bezüglich des Rohlenausfuhrzoll wird der Mißnahmenkomitee beziehe ich mich auf das, was der Reichsjustizrat gesagt hat. Der Rohlenausfuhrzoll ist einmal abzulehnen, weil wir hier in nationale Schwierigkeiten hineingeraten können, die für unsere ganze deutsche Entwicklung sehr fatal sein können. In dem Augenblick, in dem wir auf dem Boden des Ausfuhrzolls für Rohprodukte treten, können wir selbstverständlich nicht das verhindern, was wir lange und sorgfältig hingehalten haben, daß auch manche Auslandsstaaten Zustuhilfe erheben. Dann ist die Bahn nach dieser Richtung hin frei, und das wird nicht zum Segen der deutschen Volkswirtschaft ausfallen. Und das Zweite ist, daß dieser Rohlenausfuhrzoll einfach wirken wird als Konsumsteuer, denn den Rohlenausfuhrzoll wird nicht das Ausland zahlen, sondern er wird auf die Konsumenten abgewälzt werden, auf die Industrie, auf den großen Verbraucher der Rohle, bis herab zu jedem Hausbrot.

Nun noch ein paar Bemerkungen über die allgemeine Politik, die sich nun herausgebildet hat. Wir haben in dieser Frage durch eine zahlreich besuchte Zentralvorstandssitzung mit unseren Freunden im Lande gewonnen. Unsere Partei ist in diesen Fragen vollständig eins. Auch unsere politischen Freunde im Lande sind der Meinung, daß wir keine Finanzreform zustimmen sollen, die nicht eine allgemeine Besteuerung bringt, und dadurch das Reequivalent für die starke Veranschlagung des Massenkonsums gibt. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Man hat uns den Vorschlag gemacht, daß wir Vorschläge ablehnen, weil sie vom Zentrum kämen. Das ist vollständig unrichtig. Das wissen die Herren vom Zentrum selbst. Seit Jahren arbeiten wir auf dem großen Gebiete der Sozialreform gemeinschaftlich. Gerade auf diesem Gebiete ist durch das Zusammenwirken der Sozialpolitiker im Zentrum, der nationalliberalen Partei, der liberalen Partei und auch der

Konservativen eine Reihe von Gesetzen zustande gekommen. Kein Mensch hat daran gehakt, in dieser Richtung Anregungen und Anträge der Zentrumsparlei ohne weiteres abzulehnen. Ich verweise ferner auf das ganze große Gebiet der Wirtschaftspolitik, auf den Zolltarif usw. Ich verweise auf das Gebiet der wirtschaftlichen Überwachung. Wir haben uns zusammengebeiebt. Beschäftigt mit diesen Zusammenarbeiten nicht auf finanzielle Ziele, auf dem Gebiete der Beschaffung neuer Steuern, stattdessen? Was wir allerdings nicht wollen, ist, daß das Zentrum in seine frühere Machtstellung eintritt und, wie das vielfach von uns früher empfunden worden ist, dem Reichstage mehr oder weniger seinen Willen aufzwingt. Das werden die Herren vom Zentrum doch begrifflich finden. Das würden Sie als Minoritätspartei auch empfinden, wenn eine andere Partei ein solches Gebahren einlässen würde. Wir wollen nicht, daß volkswirtschaftlich falsche und unrichtige schädliche Gesetze auf dem Gebiete des Steuerwesens lediglich deswegen gemacht werden, weil das Zentrum sie will. Wir müssen es als eine politische Kurzsichtigkeit bezeichnen, wenn man diese Gelegenheit benützt, um dem Zentrum wieder zu seiner früheren Machtstellung zu verhelfen. (Sehr richtig! links.) Denn aus diesem Momente würde wieder eine Periode der kürzeren Zentrumshegerrschafft folgen, und dann würden die Konservativen, nachdem diese Finanzreform erledigt ist, die heutige Zeit auch nicht als eine Episode des nationalen Lebens unseres Volkes betrachten können. Die Konservativen werden dann einsehen, daß das Zentrum unter Umständen auch in der Lage ist, eine den Konservativen höchst fatale und als radikal ercheinende Politik vielfach auf dem Gebiete der sozialen Reform wieder zu treiben. Dann wird man vielleicht die Wege abzuern, die man gegangen ist, weil man nicht mehr den Weg nicht die Blockpolitik anrecht erhalten hat. (Gelächter im Zentrum.) Die „Vossische Zeitung“ hat dargestellt, daß für die Konservativen doch noch andere, politische Gesichtspunkte maßgebend sein müßten, als lediglich die finanzielle Wirkung der Erbschaftsteuer. Die „Kreuzzeitung“ hat dem in gewisser Weise zugestimmt. Vielleicht gehen die erheblichen politischen Gesichtspunkte nach der Frage der preussischen Wahlrechtsreform. Vielleicht hat der Ministerpräsident, unser preussisches Staatsminister in der Beziehung Konsens gemacht, die den Konservativen unangenehm sind. Aber auch das wäre kurzfristig von den Konservativen. Eine Wahlrechtsreform, die unbedingt notwendig ist, wie sie beispielsweise meines Erachtens in der Angelegenheit der Erbschaftsteuer, können Sie (nach rechts) schließlich doch nicht aufhalten. Sie kommt eben mit Notwendigkeit, weil die moderne Entwicklung, das moderne Staatsleben sie erfordert. (Lebhafte Beifall links; Wg. Dr. v. Heubner: Was hat das mit der Reichsfinanzreform zu tun? Beifall rechts; Gelächter links.)

Im November 1908 hat ein Zentrumsführer geschrieben, es scheine, als habe das Zentrum die Aufgabe, auf den Wind der Konservativen herorzubrechen; das sei ein äußerst schlaue angelegtes Manöver, aber wenn das Zentrum ohne weiteres darauf hineinfallen würde, wäre das eine politisch-widrige Dummheit. (Große Heiterkeit links.) Wenn man den Schwerpunkt auf „ohne weiteres“ legt, dann könnte man auch die Gegenstände gebracht werden, daß vielleicht etwas weiteres in Aussicht genommen ist. (Hört! hört! und Heiterkeit links.)

Fürst Bismarck hat auf die Eingetrigt von Industrie und Landwirtschaft ja immer sehr großen Wert gelegt, und diese Politik hat ja auch Fürst Bismarck während seiner ganzen Amtszeit mit großem Eifer verfolgt. Und dieser Bund zwischen Industrie und Landwirtschaft, gleichwohl in der Förderung des Schahes der nationalen Arbeit, hat sich durch die Jahre hindurch als durchaus nützlich und für beide Teile erziehlisch herausgestellt. Heute ist durch ihre Politik dieser Bund zerfallen worden (Sehr wahr! links), und die Industrie ist in eine Kampflage gekommen. Die nationalliberale Partei hat ihre Kampflage für die Landwirtschaft, die hinter uns liegt, herausgegeben; ich verweise auf die erregten Krämpfe beim Zolltarif, auf die Seuchengefährdung usw. Allein auf der anderen Seite sind wir nicht in der Lage, Steuerprivilegien für den Großgrundbesitz zu bewilligen. (Sehr richtig! links.) Man darf uns nicht mit Recht fragen können, wir verfolgen gegenüber einer ungemessen intensiven Heranziehung der Konsumsteuern eine Politik einer starken Privilegierung oder Exemption der besonders Steuerkräftigen. (Sehr wahr! links.) Es ist nicht gut, den Bogen zu überpannen, und den Unwillen durch einseitige Vertretung seiner Interessen auf der anderen herorzuziehen, wie es geschehen ist, so daß die große Bewegung in Industrie und Handel entstanden ist. Wir haben durch die Folgegesetzgebung der Landwirtschaft den Schutz gegeben, der für sie notwendig ist, weil wir der Meinung sind, daß, wenn ein Organismus leidet, der Gesamtorganismus darunter zu leiden hat. Ich sollte aber meinen, daß man auch in agrarischen Kreisen selbst einsehen wird, daß es damit sein Bewenden haben kann und muß, und daß es nicht weitergehen kann, in der Steuererhebung einseitig gewisse Teile der Bevölkerung herauszugreifen. Wir haben in dieser Politik, die von der Mehrheit der Kommission eingeschlagen ist, eine mittelstandsfeindliche Politik. (Gelächter rechts; förmliche Zustimmung links; erneutes Gelächter rechts und im Zentrum.) Die Steuern, die auf Industrie und Gewerbe und Handel abgewälzt werden sollen, betrafen wir als eine Belastung des Mittelstandes. Wir wollen nicht, daß in dieser Weise alles abgewälzt wird, und daß der Verkehr und Umkehr in bezuglicher Weise behindert wird. Ferner wird durch die Gesetzgebung der Gewerbe zwischen einzelnen Gewerbezweigen in einer Weise verkehrt, wie wir das nicht billigen können. Wir wollen nicht, daß durch große Organisationen hindurch nur der Kampf erhalte, daß Handel und Industrie und Handwerk zum Kampfe aufrufen gegen die Landwirtschaft. Wir sind uns alle bewußt, daß eine der größten Gefahren für unser deutsches politisches Denken die starke Sozialdemokratie ist. (Wg. bei den Sozialdem.) Die starke Sozialdemokratie, die in dem Blockade durch das vereinigte Bürgerium eine erhebliche Niederlage erlitten hat, wenn ich auch zugebe, daß ihre Stimmenzahl nicht zurückgegangen ist, ein Beweis dafür, daß wir nicht raschen und raschen sollen. (Sehr richtig! bei den Nationallib.) Dieser Kampf wird nicht erledigt in dem Augenblicke, in dem wir hier eine Gesetzgebung vorschlagen und empfehlen, die den weitaus größten Teil der Wähler nicht nur den Teil, den man bei objektiver Betrachtung notwendig erkennen muß, sondern darüber hinaus auf die Schultern des Mittelstandes und der Arbeiterklasse abwälzt, und dadurch den Geduldungsprozess erzwingt, auf welchen der Reichstagler in einer früheren Rede hingewiesen hat. Man kann nicht leugnen, daß in den Kreisen der deutschen Industriearbeiter der Organisationsgedanke außerhalb der Sozialdemokratie häufig im Wachsen ist, nicht nur in östlichen Organisationsparteien, sondern auch in einer großen Reihe anderer

Organisationen. (Sehr wahr!) Das beweist uns, daß in Arbeiterkreisen man nicht daran glaubt, daß der Zukunftsprozess der Wirtschaft nicht ist, und daß man nicht daran glaubt, daß eine andere Zeit bald kommen wird. Dieser Geduldungsprozess und dieser Umwälzungsprozess wird gefördert. Die nationalliberale Partei ist bereit, an diesem großen Werke zu arbeiten, um die Finanzreform zu befechtigen. Wir machen jedoch den Vorbehalt, daß nach unserer pflichterfüllten Überzeugung diese Finanzreform gut und gerecht ist, wie aber nur dann möglich, wenn eine allgemeine Besteuerung eingeführt wird mit der Erbanfallsteuer. Auch der konservative „Reichsbote“ ist mit den Kommissionsvorschlügen zum Teil sehr wenig einverstanden. Er weiß sehr wohl, daß der Antrag Richtighen den Baukreisen vertere, und befürchtet, daß er dem Baugewerbe den Rest geben würde. Sie können doch nicht bestreiten, daß es sich hier um die Krise des Mittelstandes handelt. (Lachen im Zentrum.) Die Kundgebung vom 12. Juni im Spott nicht aus der Welt schaffen. Ihre Bedeutung liegt nicht in dem Zusammenstoß von 6000 Personen, sondern in den Worten. (Zuruf vom Zentrum, in den die Sozialdemokraten einstimmen: Kirdorf!) Sie finden in dem großen Handel und Industrie vereinigt. Befenden Sie die Freihändler und Schutzöllner, Industrie und Handwerk (Lachen im Zentrum, Zurufe rechts) das große und kleine Kapital, Mittelstand und Beamte, Innungen und freie Verbände, alle zusammengefaßt zu einer großen Kampfsorganisation. Wie hoch muß die Glut des Unwillens geblieben sein, wenn diese doch reichlich heterogenen Elemente sich in einer einzigen Organisation zusammengefaßt haben! (Lebhafte Beifall links.)

Bei den Kommissionsbeschlüssen fehlt es am Ausgleich durch eine allgemeine Besteuerung. Der reichste Mann der sein Vermögen in Staatspapieren und Hypotheken angelegt, braucht keinen roten Heller für die Reform zu zahlen, ebenso wenig jemand, der sein Geld in ausländischen Banken anlegt, die heute mit großem Vergnügen den bisherigen Gang dieser Gesetzgebung verfolgen. Und nun verlangen Sie, daß die Regierungen ihre eigenen Vorlagen aufgeben und diesem Werte der konservativen-klerikalen Mehrheit (Lachen und Wärm im Zentrum) — ja, liberal wollen Sie ja nicht mehr (große Heiterkeit) — ohne Mennens ersticht (Schallendes Gelächter aus dem Zentrum.) Ich hoffe, daß die Regierungen Ihre Beschlüsse ablehnen und die nötigen Konsequenzen ziehen wird. Die Regierung ist auf dem rechten Wege, und die Regierung wird liegen, wenn sie will und wenn sie stark genug ist. (Gelächter im Zentrum, Bewegung.) Ich für eine Person würde auch vor Neuwahlen nicht zurücktreten. (Laute Wg.-Rufe im Zentrum, Bewegung.) Ich weiß ebensogut wie Sie, daß in solchen Zeiten, in denen der Staat große neue Bedürfnisse hat, den Sozialdemokraten die Wahl aus den Wahlen gewisse Erfolge erwachsen; aber ich bitte Sie, diese Erfolge nicht zu überschätzen. Denn Sie müssen auch den Vorteil in Rechnung stellen, daß die Regierung von Liberalen und dem Mittelstand (Schallendes Gelächter und Wärm im Zentrum.) Sie dürfen auch nicht glauben, daß wenn etwa eine verkehrseindliche und ungerichtete Finanzreform verabschiedet wird, die Zwischengzeit bis zu den nächsten Wahlen das Verhältnis in dieser Beziehung günstiger gestalten würde — in einer Periode der allgemeinen Unzufriedenheit, wo man erst das alles an den Steuerprojekten empfinden wird, was heute ja noch gar nicht erkannt ist. Im Gegenteil ist die Gefahr vorhanden, daß die Unzufriedenheit dann noch viel größer sein wird, daß sie der Sozialdemokratie 1911 noch ganz andere Erfolge bringen würde als jetzt. Wir müssen die Frage nochmals aufwerfen: wird man gegen ein einseitiges Vorgehen von Industrie und Handel, von Handwerk und Mittelstand (Gelächter im Zentrum und Widerspruch rechts) eine Reform akzeptieren, die antijohanneitisch und einseitig ist, die eine allgemeine Heranziehung des Besitzes absieht, eine Reform, die in ihren Endresultaten nach meiner eifrigen Überzeugung dazu führen wird, die Chancen der Sozialdemokratie wieder zu mehren, weil ihr der oberste Grundha fehlt: justitia fundamentum regumorum? Auch in der Steuererhebung ist die justitia nonnulla. Wird man eine Reform annehmen, die die deutsche Weltmacht schädigt, weil sie unseren Wettbewerber erleichtert, wird man sich unter Zug einer solchen Reform beugen? Ich glaube, sobald diese Frage gestellt ist, ist sie auch verneint, und nach dieser Richtung hin ist die heutige Ausgangslage. (Schallendes Gelächter aus dem Zentrum.) Die Wirtschaft des Reiches ist in der weidlichen Lage. Unter diesen Gesichtspunkten sind mir überzeugt, daß die Regierung bei ihrem Programm festbleiben wird und daß sie jede für die weitere Entwidlung des Vaterlandes verkehrliche Gesetzgebung hintanzulassen muß. (Beifall links.)

Der Reichstagler hat heute vom Blockgedanken gesprochen. Meine Freunde stimmen ihm darin zu. (Gelächter im Zentrum.) Der Blockgedanke, wie er erwidert ist in der Kritik, die zu den letzten Neuwahlen geführt hat, ist ein guter und geundener Gedanke, der die ganze Entwicklung unserer Politik gehoben hat. (Gelächter im Zentrum.) Ein Gedanke, der auch eine gute, erzieherische Wirkung auf das Zentrum gehabt hat. (Schallendes Gelächter im Zentrum, Sehr wahr! links.) Wir würden meinen, wenn dieser Gedanke zu Grunde getragen würde, wenn wir wieder zu den früheren Zuständen zurückkehren. Ich bin überzeugt, daß diese Blockpolitik, die doch in vielen deutschen Herzen großen Jubel ausgelöst hat (Lachen im Zentrum), daß dieser Blockgedanke, der mit voller deutscher Warmherzigkeit aufgenommen werden, ein Rufesblatt in der Geschichte des Parlaments bilden wird. (Lachen im Zentrum.) Ich für meine Person möchte nicht, daß dieser Gedanke dadurch zerstört wird, daß eine Finanzreform zustande gebracht wird, die dem Liberalismus ins Gesicht schlägt. (Hörmliches Gelächter im Zentrum. Lebhafte Beifall links.)

Donnerstag 1 Uhr: Weiterberatung.

Beizung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Bittmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Erwin Alexander-Rag; für den Unterhalt: H. B. Hermann Meibauer; Druck und Verlag von Otto Senbel; sämtlich in Halle a. S.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten. einschließlich „Unterhaltungsblatt“.